



Suchergebnisse: Erbschaft

1488 – Albrecht IV. schließt mit Hans von Degenberg einen Erbschaftsvertrag

München * Herzog Albrecht IV. schließt mit Hans von Degenberg einen Erbschaftsvertrag, wonach beim Aussterben der Degenberger in der männlichen Linie deren gesamter Herrschafts- und Besitzkomplex in den Besitz der Wittelsbacher übergeht.

19. September 1496 – Herzog Georg der Reiche von Baiern-Landshut macht sein Testament

Landshut * Herzog Georg der Reiche von Baiern-Landshut bestimmt in seinem Testament, dass seine Tochter Elisabeth, ihr zukünftiger Ehemann Ruprecht von der Pfalz und ihre etwaigen Söhne das Teilherzogtum erben sollen. Herzog Georg und seine Gemahlin Hedwig von Polen hatten keine gemeinsamen männliche Erben.

10. Februar 1499 – Herzogin Elisabeth und Herzog Ruprecht von der Pfalz heiraten

Landshut * Herzogin Elisabeth von Baiern-Landshut und Herzog Ruprecht von der Pfalz - Cousine und Cousin - heiraten. Ruprechts Mutter Margarete war die Schwester von Herzog Georg dem Reichen von Baiern-Landshut.

10. April 1502 – Ottheinrich, der spätere Herzog von Pfalz-Neuburg, wird in Amberg geboren

Amberg * Herzog Ottheinrich, der Sohn der niederbayerischen Herzogin Elisabeth und Herzog Rupert von der Pfalz, wird in Amberg geboren.

1. Dezember 1503 – Herzog Georg der Reiche vom Teilherzogtum Baiern-Landshut stirbt

Landshut * Herzog Georg der Reiche vom Teilherzogtum Baiern-Landshut stirbt. In der Folge kommt es zum Landshuter Erbfolgekrieg gegen das Teilherzogtum Baiern-München.



1. Dezember 1503 – Herzog Albrecht IV. widerspricht dem Testament von Georg dem Reichen

München - Landshut * Herzog Albrecht IV. von Bayern-München akzeptiert das Testament von Herzog Georg dem Reichen nicht, wonach seine Tochter Elisabeth, ihr Ehemann Ruprecht von der Pfalz und ihre etwaigen Söhne das Teilherzogtum erben sollen. Das Testament widerspricht dem Wittelsbachischen Hausvertrag, nach dem beim Aussterben einer männlichen Linie die Besitzungen an die jeweils andere Linie fällt. Das Testament ist aus oberbayerischer Sicht ein Vertragsbruch. Deshalb kommt es zum Landshuter Erbfolgekrieg.

13. Dezember 1503 – Herzog Albrecht IV. von Bayern-München macht seine Erbensprüche geltend

Landshut * Auf dem noch von Herzog Georg dem Reichen nach Landshut einberufenen Landtag, macht Herzog Albrecht IV. von Bayern-München seine Erbensprüche geltend.

10. Juni 1602 – Hans VIII. von Degenberg stirbt ohne Nachkommen

Degenberg * Hans VIII. von Degenberg stirbt ohne Nachkommen. Damit geht aufgrund eines Erbschaftsvertrags aus dem Jahr 1488 der gesamte Herrschafts- und Besitzkomplex in den Besitz der Wittelsbacher über.

30. August 1710 – Johann Maximilian von Alberti und die nächste Phase der Klosterwerdung

Au * Mit der Erbschaft seiner verstorbenen Frau nimmt Bürgermeister Johann Maximilian von Alberti die nächste Phase der Klosterwerdung auf dem Gaisberg in Angriff. Er stellt einen mit 12.000 Gulden dotierten „Fundationsbrief zur Aufrichtung eines Jungfrauenklosters nach der Regel des hl. Benedikt“ aus.

1784 – Baron von Aretin verkauft sein Grundstück an Kurfürst Carl Theodor

Schwabing * Nachdem Baron Carl Albert von Aretin eine Erbschaft macht, verkauft er sein Grundstück in der Schwabinger Hayd, auf dem später Schloss Biederstein entstehen wird, an Kurfürst Carl Theodor.

17. September 1849 – Die Gebrüder Schmederer übernehmen den Zacherlbräu



Vorstadt Au * Nach dem Tod des Bierbräus Franz Xaver Zacherl geht die Zacherlbrauerei das Grundstück auf dem Nockherberg erbschaftsweise an Heinrich Schmederer und dessen Bruder Ludwig, resp. auf die Firma Gebrüder Schmederer über.

3. Juli 1869 – Adolf Friedrich von Schacks Mutter stirbt

München-Maxvorstadt * Adolf Friedrich von Schacks Mutter stirbt. Mit einem Teil des Geldes aus der Erbschaft kauft der Kunstmäzen die Grundstücke an der Brienner Straße 21 und 22.

1880 – Die Kirchengemeinde Lehel erbt ein Grundstück

München-Lehel * Der Privatier Georg Herndl stirbt und vermacht der Kirchengemeinde ein Grundstück gegenüber der Klosterkirche. Vorsorglich hat Herndl eine Bedingung an die Erbschaft geknüpft. In seinem Testament heißt es, dass die Entscheidung über den Kirchenbau innerhalb einer Frist von fünf Jahren erfolgen muss, ansonsten fällt der Bauplatz an seine Erben zurück. Damit setzt der Verstorbene die Kirchenplaner und Entscheider gehörig unter Druck.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...]“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den



verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen



Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die



Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

April 1936 – Dreharbeiten zu Valentins „Straßenmusik“ und „Die Erbschaft“

München-Geiseltal * Dreharbeiten zu den Valentin-Karlstadt-Filmen „Straßenmusik“ und „Die Erbschaft“.

Mai 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird gedreht

München-Geiseltal * In den „Bavaria-Filmstudios“ in Geiseltal entsteht der 21 minütige Film „Die Erbschaft“ nach der gleichnamigen Originalszene von Karl Valentin und Liesl Karlstadt. Regie führt Jacob Geis.

August 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der Zensur verboten

Berlin * Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der NS-Filmzensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.

21. September 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird verboten

Berlin • Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird von der nationalsozialistischen Zensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.

16. Mai 1976 – Uraufführung mit 40 Jahren Verspätung

München-Angerviertel * 40 Jahre nach Entstehen des von der Nazi-Zensur verbotenen Valentin-Karlstadt-Kurzfilms „Die Erbschaft“ wird dieser im Münchner Stadtmuseum uraufgeführt.

7. September 2005 – Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das Bier & Oktoberfestmuseum



München-Angerviertel * Das Bier & Oktoberfestmuseum wird im ältesten noch erhaltenen Bürgerhaus Münchens, in der Sterneckerstraße 2, durch Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet. Den finanziellen Grundstock für die Ausstellung hat der inzwischen verstorbene Wiesnwirt und langjährige Sprecher der Wiesnwirte und Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Xaver Heilmannsecker gelegt, nachdem er dem Verein Münchner Oktoberfestmuseum eine großzügige Erbschaft hinterlassen hat. Einige der in den 1980er-Jahren geschlossenen Deutschen Brauereimuseum e.V. finden sich nun im Bier & Oktoberfestmuseum wieder.
